

Machtwechsel in Bonn

Autor(en): **Fabius**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 8

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162341>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

frei haben. Man wird aber von zwei Seiten zugleich angegriffen, als «Verräter» denunziert von Revolutionären *und* Reaktionären, die sich wechselseitig aneinander bestärken und durch Dazwischentretende nur gestört fühlen.

Zurück zur Weimarer Republik?

Es hat den Anschein, als kehrten wir mit alledem mehr und mehr in die Konfiguration der Weimarer Republik zurück, in der Extreme die Entwicklung bestimmen und sich in ihrer Polarisierung zugleich insgeheim angleichen, verbunden in der Verachtung für demokratische Spielregeln, Parlamentarismus, Liberalität, verbunden auch im Freund-Feind-Denken nach dem Muster Carl Schmitts, in der nur vordergründigen Politisierung, ja Entpolitisierung noch im Gewande radikaler Politisierung. Denn das «alles oder nichts» und der Horror vor der offenen, niemals abschliessbaren, immer mit gegensätzlichen Interessen, mit mühevollen Konflikten und Kompromissen beladenen Situation, die Flucht in die geschlossene Gemeinschaft, in ihre scheinhafte Geborgenheit, ans wärmende Feuer der Eschatologien: das alles *ist* essentiell unpolitisch. Es zeigt sich im übrigen auch, einmal mehr, das ganze alte Arsenal des Kulturpessimismus, der Zivili-

sationsfeindschaft, der prinzipielle Affekt gegen Konkurrenz, Leistungsprinzip, Arbeitsteilung, der Aberglaube ans Allheilmittel direkter Demokratie und imperativen Mandats, was doch nur im eidgenössischen Urkanton seine Chance hatte – beziehungsweise in der ständischen Notablenversammlung vor 1789.

Von *Marx* bleibt bei alledem wenig übrig, ausser gewissen Romantizismen deutscher Bürgerlichkeit, von denen selbst er nicht frei war: dem Traum von der Restauration der «allseitig gebildeten Persönlichkeit» und der Aufhebung jeglicher Entfremdung. Aber alles sonstige geht über Bord; es ist ja hanebüchen romantisch und unmarxistisch, wenn man die Vorbilder für Mitteleuropa im bolivianischen oder vietnamesischen Busch sucht. Und der Bewegung Prophet, *Herbert Marcuse*, war wohl kaum zufällig Assistent bei Martin Heidegger, der wie kein zweiter Philosoph des 20. Jahrhunderts den deutschen bildungsbürgerlichen Antizivilisations- und Antigesellschaftsaffekt markiert. Gesellschaft als die uneigentliche Existenz im defizienten Modus, in der Verfallenheit ans «man» – genau dies findet sich, nur oberflächlich marxistisch drapiert, bei *Marcuse* und bei seinen Jüngern.

Christian Graf von Krockow

«MACHTWECHSEL» IN BONN

Das Ergebnis der deutschen Bundestagswahlen vom 28. September ist Ausdruck der *innenpolitischen Stabilität* der Bundesrepublik: wie in jeden Wahlen seit 1949 ist es der Christlich-Demokratischen Union gelungen, ihre Spitzenposition als stärkste Partei des Landes zu verteidigen; die Sozialdemokraten haben ihren langsamen, stetigen Aufstieg fortgesetzt und erstmals die Vierzigprozent-Grenze überschritten, die extremen Kräfte zur Rechten wie zur Linken sind an der Fünfprozent-Klausel gescheitert. Wenn diese Wahl

trotzdem zu einem Umsturz der politischen Verhältnisse in Westdeutschland geführt hat, so liegt dies am Entscheid der *Freien Demokraten*, die zwar eine vernichtende Niederlage erlitten haben und fast auf ihr parlamentarisches Existenzminimum zusammengeschrumpft sind, trotzdem aber – wie schon oft in der Vergangenheit – die Rolle des *Züngleins an der Waage* spielen können. Dieses Mal hat sich die FDP-Führung dafür entschieden, die Öffnung nach links zu wagen und mit den Sozialdemokraten ein Regierungsbündnis einzu-

gehen. Die CDU/CSU, obschon nach wie vor stärkste Fraktion des Bundestages, sieht sich plötzlich in die ihr ungewohnte Rolle der Opposition verbannt.

Prekäre Mehrheitsverhältnisse

Es ist das Paradoxon an dieser Wahl, dass sich die beiden Verlierer nun für eine Regierung stark machen müssen, die im Parlament nur über eine hauchdünne Majorität verfügt. Die beiden Verlierer: es ist klar, dass nicht nur die FDP vom Wahlausgang enttäuscht sein muss, sondern dass auch die hochgespannten Erwartungen der Sozialdemokraten, endlich einmal die CDU/CSU zu überrunden, nicht in Erfüllung gegangen sind. Die SPD-Führung hat jedoch noch in der Wahlnacht taktisch klug reagiert und sofort den Freien Demokraten die *Koalition* angeboten. Sie konnte dies mit einiger Berechtigung tun, denn bei der Konstellation, wie sie sich nach dem Volksentscheid ergab, war das Bündnis zwischen SPD und FDP die einzige Kombination, die im vorangegangenen Wahlkampf nicht hoffnungslos emotional vorbelastet worden war. Ein Zusammengehen zwischen CDU und FDP hätte letzterer erneut das Odium der «Umfallerpartei» verliehen, und eine Erneuerung der Grossen Koalition schien nach den hitzigen Auseinandersetzungen in den letzten beiden Wochen vor der Wahl praktisch ein Ding der Unmöglichkeit.

Trotz diesen Voraussetzungen wird man den nun erfolgten «Machtwechsel» in Bonn mit einiger *Skepsis* beurteilen müssen. Die Parole von der «gesundgeschrumpften» FDP, wie sie von sozialdemokratischer Seite sofort ausgegeben wurde, entspricht nur bedingt der Realität. In der neuen, dreissig Mann starken FDP-Fraktion des Bundestages sitzen manche Abgeordnete, die sich in der Vergangenheit vehement gegen ein Zusammengehen mit der Linken gewehrt haben. Man wird diese innere Opposition der Freien Demokraten für eine Kanzlerwahl und für einige Abstimmungen der Parteidisziplin unterwerfen können. Ob dieser Zwang dauernd auf-

rechterhalten werden kann und genügt, um eine SPD/FDP-Koalition über die ganze vierjährige Legislaturperiode hinüberzuretten, steht auf einem andern Blatt. Die *innere Labilität* der Freien Demokraten hat sich in der zwanzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik zu häufig manifestiert, als dass hier nicht zumindest Zweifel an der Standfestigkeit dieser Partei laut werden müssten. Nur sieben FDP-Abgeordnete müssen schwenken, um einen neuen *Umsturz des politischen Kräftegewichtes* in der Bundesrepublik herbeizuführen. Die Regierung der Kleinen Koalition, wie sie jetzt in Bonn installiert wird, ist angesichts dieser prekären Mehrheitsverhältnisse auf alle Fälle ein *unstabiles Gebilde*, und es bleibt zu befürchten, dass Westdeutschland einer Periode entgegengeht, in der die politische Stabilität nicht mehr in gleicher Weise gewährleistet ist wie in den beiden vergangenen Jahrzehnten.

Gewissenserforschung bei der CDU/CSU

Für die regierungsgewohnte Christlich-Demokratische Union bedeutet der Verlust ihrer führenden Stellung einen schweren Schock. Die Partei kann sich nicht von aller Schuld an der Entwicklung freisprechen, die sie nun aus den Regierungspositionen verdrängt hat. Zu sehr hat die CDU/CSU in dem Wahlkampf darauf spekuliert, die *absolute Mehrheit* zumindest der Abgeordnetensitze zu gewinnen, um aus eigener Kraft ein neues Kabinett bilden zu können. Zu stark hat sich die Union auch jede Möglichkeit einer Kleinen Koalition mit den Freien Demokraten verbaut, indem sie es zuliess, dass alle Brücken zu dem ehemaligen bürgerlichen Juniorpartner abgebrochen wurden. Die *Bundespräsidentenwahl* vom 5. März 1969, die erstmals die Möglichkeit einer SPD/FDP-Koalition andeutete, war als Warnsignal unbeachtet geblieben. In der Wahlnacht schliesslich hat sich die CDU/CSU von allem Anfang an von den Sozialdemokraten an die Wand spielen lassen. Die sozialdemokratische Führung hat entschlossen die Chance genutzt, die ihr der Wahlaus-

gang bot, und die FDP resolut zu sich hinübergezogen, ungeachtet des für die Freien Demokraten katastrophalen Wahlausganges, der eine eigentliche Desavouierung des Linkskurses der FDP bedeutete.

Für die CDU/CSU gilt es nun, aus der erlittenen Schlappe die Lehren zu ziehen. Die neue Rolle als Opposition wird ihr einige Aufgaben stellen. Als erste ist zu nennen die gründliche Überholung der Partei sowohl in ideeller wie personeller Hinsicht. Nach zwanzigjähriger Regierung weist die Union eindeutig *Verschleisserscheinungen* auf – was keineswegs als katastrophales Zeichen zu werten, sondern ganz natürlich ist. Die hohe Stimmenzahl, die die Union trotzdem erreichte, kann sie als Beweis des grossen Vertrauens weiter Kreise der Bevölkerung interpretieren. Gleichzeitig aber scheint es an der Zeit zu sein, dass an der Spitze einige Änderungen im Sinne einer Verjüngung der Parteiführung notwendig sind. Der *Parteitag* der Union, der im November in *Mainz* zusammentritt, wird Aufschluss darüber geben, wie weit diese Gewissenserforschung sich bereits in konkreten Änderungen nach aussen hin manifestiert.

Eine Gefahr freilich ist nicht von der Hand zu weisen. Die CDU/CSU in der Opposition könnte in Versuchung geraten, einen *stärkeren Rechtskurs* zu steuern als bisher, in der Hoffnung, aus dem Reservoir der NPD-Wähler die fehlenden Stimmen zur absoluten Mehrheit bei der nächsten Wahl zu gewinnen. Einige Tendenzen, vor allem in der bayrischen CSU, deuten schon seit einiger Zeit in dieser Richtung. Viel wird davon abhängen, wer in Bonn die Führung der Opposition in die Hand bekommt. Sollte dies, was keineswegs ausgeschlossen ist, der CSU-Vorsitzende *Franz Josef Strauss* sein, so eröffnet das Möglichkeiten, die zu einigen Bedenken Anlass geben.

Frankreichs Kurs zwischen Ost und West

Die neue deutsche Bundesregierung unter der Führung von *Brandt* und *Scheel* wird

ihre aussenpolitischen Anstrengungen darauf konzentrieren, mit Moskau erneut ins Gespräch zu kommen. Sie schwenkt damit energischer, als es das Kabinett der Grossen Koalition getan hat, auf einen Kurs ein, den auch Frankreich verfolgt und der in den letzten Wochen durch die Besuche verschiedener französischer Minister in der Sowjetunion erneut bekräftigt worden ist. So hat vor allem Aussenminister *Maurice Schumann* in Moskau Gespräche geführt. Die Bilanz dieser Unterredungen besteht darin, wie Präsident *Pompidou* nach Schumanns Rückkehr im Ministerrat erklärte, die Blöcke zu überwinden und Freundschaft nach beiden Seiten zu halten. Auch das Frankreich nach de Gaulle will also die Aussenpolitik des Generals fortsetzen und die Kontakte zur UdSSR – wie sie sich seit de Gaulles Russlandreise im Sommer 1966 angebahnt haben – weiter ausbauen. Eine Reihe von Besuchen und Gegenbesuchen auf lange Sicht wird angekündigt: Pompidou soll sich nächstes Jahr nach der Sowjetunion begeben, und 1971 soll die sowjetische Führung nach Paris kommen. Frankreich nimmt heute auch gegenüber der von den Staaten des Warschaupaktes im März angeregten *europäischen Sicherheitskonferenz* eine positivere Haltung ein als noch vor kurzem – auch hier soll der Wille zu einer Politik der Entspannung augenfällig demonstriert werden.

Es ist offensichtlich, dass der aussenpolitische Kurs der französischen Regierung vornehmlich durch *innenpolitische Motive* bestimmt wird. Frankreich leidet noch immer unter den Nachwirkungen der inneren Krise des vergangenen Jahres. Was das Land heute vornehmlich braucht, ist *Stabilität*. Eine solche kann die Regierung aber nur erreichen, wenn sie die beiden grössten politischen Gruppen – Gaullisten und Kommunisten – paralyisiert. Den einen wird eingehämmert, dass Pompidou nur der Fortsetzer und Willensvollstrecker der Politik des Generals sei, den andern wird durch die Versöhnungsgesten gegenüber Moskau der Wunsch nach guten Beziehungen zu der Supermacht im Osten vorexerziert. Diese Politik der Beschwichti-

gung gegenüber rechts und links scheint dem neuen Herrn im Elysée der einzig gangbare Weg zu sein, um für die dringend notwendigen Reformprojekte im Innern genügend Zeit zu gewinnen.

Mahnmal Prag

Die neue Aktivität in den Bemühungen um eine Entspannung zwischen Ost und West – eine Aktivität, die vor allem von westeuropäischer Seite ausgeht – spielt sich gerade in einem Zeitpunkt ab, da die Sowjetunion in der *Tschechoslowakei* erneut deutlich gemacht hat, dass sie entschlossen ist, innerhalb des eigenen Machtbereiches alle Befürworter eines von den Intentionen Moskaus abweichenden Kurses auszuschalten und mundtot zu machen. Die beiden profiliertesten Vertreter des Reformflügels der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, *Alexander Dubcek* und *Josef Smrkovsky*, sind Mitte Oktober weiter zurückgestuft worden und haben nun auch ihre parlamentarischen Ämter verloren. Man mag dies nur als die logische Folge des sowjetischen Vorgehens bezeichnen, das von Anfang an darauf angelegt

war, in der CSSR weniger durch spektakuläre Massnahmen als durch ein schrittweises Zurückdrängen der Reformer zu den Zuständen vor dem Januar 1968 zurückzukehren. Spätestens seit dem 17. April 1969, als Dubcek seiner Funktionen als Generalsekretär der Partei enthoben wurde, sind die Weichen gestellt worden, die zu den heutigen personellen Änderungen führten. Mit Bangen stellt man sich die Frage, ob damit für Dubcek und Smrkovsky wie auch für die vielen anderen Befürworter einer liberaleren Haltung des Regimes nun das Ende der Demütigungen gekommen sei oder ob die Entwicklung in der CSSR in eine neue schreckliche Periode der Säuberungen einmünde, wie sie die Sowjetunion in den späten dreissiger Jahren erlebte und wie sie sich, nicht minder brutal und makaber, zwischen 1948 und 1952 in den osteuropäischen Satellitenländern wiederholte. Die Eilfertigkeit, mit der die neue Führung in der Tschechoslowakei heute den sowjetischen Herren nach dem Munde redet – wie etwa Ministerpräsident *Cernik* im Parlament –, eröffnet düstere Perspektiven.

Fabius

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Rücktritt unserer Aussenminister

Die innenpolitische Szene der letzten Wochen war durch die zwei Rücktritte aus dem Bundesrat beherrscht. Mit Dr. Willy Spühler und Dr. Hans Schaffner scheiden gewissermassen unsere beiden Aussenminister aus der Landesregierung. Diese Formulierung stellt keine Herabminderung des nominellen Aussenministers und Leiters des Politischen Departements dar. Sie widerspiegelt lediglich einen realen Sachverhalt: Aussenpolitik hat heutzutage nicht mehr allein die zwischenstaatlichen Beziehungen im völkerrechtlichen Sinne zum Gegenstand; sie umfasst darüber hin-

aus auch den weiteren Bereich der *Aussenhandelsbeziehungen*, der in den letzten 15 Jahren durch die integrationspolitischen Dimensionen in Europa für einen Kleinstaat wie den unsrigen geradezu lebenswichtige Bedeutung bekommen hat.

Zwar ist das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement weit davon entfernt, nur Aussenhandelsdepartement zu sein. Davon weiss gerade Dr. Hans Schaffner ein Lied zu singen. Allein schon die Landwirtschaftsabteilung wäre im Grunde ein Vollamt. Aber auch Problemkreise wie die Konjunkturpolitik stellen ausserordentliche Anforderungen. So ist es nicht verwunderlich, dass das Volkswirtschafts-